



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (HFA/XVI/013/2014)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 05.02.2014
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 17:44 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

stellv. Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Beening

Herr Alexander Beitelmann

Herr Ulrich Biester

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Herr Clemens Ressmann

Herr Michael Runden

Herr Bruno Schachner

Herr Heinz Dieter Schmidt

Verwaltung

Herr Bürgermeister Wolfgang Kellner

Herr Arnold Hinrichs

Frau Manuela Mülder

Protokollführung

Herr Hartmut Schubert

Herr Holger Schüür

Abwesend:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2014 (HFA/XVI/012/2014)
- 3 Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2014 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 bis 2017
Vorlage: 1.20/XVI/0580/2014
- 4 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2017
- 5 Erörterung des Haushaltssicherungskonzeptes 2014
Vorlage: 1.201/XVI/0583/2014
- 6 Informationen
- 7 Anfragen
- 8 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.01.2014 (HFA/XVI/012/2014)

Der Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zurückgestellt.

TOP 3 Beschluss über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2014 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 bis 2017 Vorlage: 1.20/XVI/0580/2014

Herr Foest wies kurz in den Tagesordnungspunkt ein und bat um entsprechende Wortmeldungen.

Herr Runden teilte mit, dass die AWG-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen könne. Er bemängelte, dass kein Schuldenabbau erfolge, obwohl Mehrerträge bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen seien. Die AWG werde, solange keine Schulden abgebaut würden, der Haushaltssatzung nicht zustimmen.

Herr Düngemann erklärte, er sehe keine Gründe, dem Haushalt nicht zuzustimmen. Seiner Meinung nach seien die wichtigsten Investitionsmaßnahmen mit Ausnahme von Mitteln für den Tunnel enthalten.

Herr Sattler meinte, er könne die Einwände von Herrn Runden nicht nachvollziehen. Ein Haushaltsausgleich liege vor und die entsprechenden Mehrerträge seien im Ergebnishaushalt vernünftig eingeplant. Das Haushaltssicherungskonzept werde politisch mitverfolgt. Die SPD-Fraktion trage auch die Nettoneuverschuldung, da diese sinnvoll für die Infrastruktur verwendet werde. Man hätte auch schon in der letzten Sitzung zustimmen können.

Herr Ressmann führte aus, er schätze die Situation ähnlich ein. Nach den erfolgten Fraktionsberatungen wurde festgestellt, dass die Verschuldung sinke. Als Beispiel nannte er den Rückgang der Aufnahme der Liquiditätskredite. Diese betragen ca. 15 Mio. €; derzeit lägen diese deutlich darunter. Man sei durch den Abbau der Liquiditätskredite auf dem richtigen Weg, denn auch dies bedeute Schuldenabbau. Er stelle allerdings den Antrag, den lfd. Zuschuss und die Verpflichtungsermächtigung für den Flugplatz für dieses Jahr sowie die der kommenden Jahre zu streichen. Der Flugverkehr solle nicht gefördert werden; dies bedeute zusätzliche Einsparungen.

Herr Beening trug vor, die CDU-Fraktion könne dem Haushaltsplan ebenfalls zustimmen, allerdings seien die Einzahlungen relativ hoch, da vieles über Fördermittel finanziert werde. Auch müssten die Ausgaben kritisch geprüft werden. Dabei dürfe man die Gewerbegebiete, wie z.B. Großer Stein nicht vernachlässigen. Er schlage vor, Steuerungselemente der Doppik zu nutzen, um Kostendeckungen zu erreichen und ein Vergleich mit anderen Kommunen vorzunehmen.

Herr Kellner erklärte, dass es keine Erträge gebe, wenn nicht auch investiert werde. Es sei nur mit einer attraktiven Stadt möglich, Geld zu verdienen. Es sei nicht zu unterschätzen, dass dadurch mehr Arbeitsplätze als je zuvor entstanden seien. Man würde mit dem Verlauf richtig liegen. Anhand der Eröffnungsbilanz sei ersichtlich, dass die Stadt Leer nicht überschuldet sei.

Herr Sattler entgegnete, er könne dem Antrag der Grünen nur widersprechen. Mit dem Flugplatz würden in der Region wichtige Arbeitsplätze erhalten. Dieser werde durchaus durch die Reedereien aufgrund der guten Verkehrsanbindung genutzt.

Herr Kellner stellte klar, dass die Pflichten der Stadt als Gesellschafter zu erfüllen seien. Hierzu gehöre auch, die anteiligen Kosten zu tragen. Man könne aber darüber diskutieren, ob die Stadt Mitgesellschafter sein müsse.

Herr Foest teilte mit, dass die CDU-Fraktion den Haushalt mit gewissen Problemen mittragen werde. Er wundere sich, dass trotz ertragreicher Jahre eine Neuverschuldung entstehe. Es bestünden zwar Bedenken, allerdings müssten notwendige Investitionen getätigt werden. Die Investitionen seien aber zu sehr durch Zuschüsse „gesteuert“. Die Bilanz sei durchaus zufriedenstellend, wenngleich durch die Schulden von 15 Mio. Euro sowie Vermögensteile wie z.B. Straßen und Schulen, die nicht verwertbar seien, beachtet werden müssten.

Herr Düngemann plädierte dafür, Schulden abzubauen. Es würde jedem selbst überlassen bleiben, wo dies zu erfolgen hätte. Wenn der Rat allerdings über Auszahlungen beschließen solle, solle er auch sagen, wo gespart werden solle.

Herr Runden vertrat die Meinung, dass der Geschäftsführer die Vorschläge zur Einsparung zu machen habe, also der Bürgermeister.

Herr Schmidt entgegnete, dass der Bürgermeister eine Stimme im Rat habe. Auch er könne nur das tun, was beschlossen werde. Es müsse eine klare Aussage getroffen werden, welche und wo Einsparungen erfolgen sollten.

Herr Foest erwiderte, dass durchaus Vorschläge zur Einsparung, wie im Haushaltssicherungskonzept zu erkennen, vorliegen würden.

Herr Kellner stimmte dem zu; Vorschläge würden vorliegen. Hier müssten nur noch politische Entscheidungen getroffen werden. Er führte an, dass bereits in den letzten 10 Jahren rund $\frac{1}{4}$ Mrd. € zu Lasten der Stadt Leer an den Landkreis Leer geflossen seien.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ Herr Foest über den Antrag von Herrn Ressmann, den lfd. Zuschuss sowie die Verpflichtungsermächtigung für den Investitionszuschuss an die Flugplatz Leer GmbH zu streichen, abstimmen.

Beschluss: (2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen)

Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann bat Herr Foest um Abstimmung über die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2014 und über das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 - 2017

Beschluss: (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

Dem Verwaltungsausschuss und dem Rat wird empfohlen, die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2014 mit den eingebrachten Änderungen laut Änderungsliste vom 20.01.2014 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2014 bis 2017 zu beschließen.

TOP 4 Kenntnisnahme der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2017

Herr Foest erläuterte die Bedeutung und den Inhalt der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2017 und bat um entsprechende Anmerkungen.

Entsprechende Anmerkungen lagen nicht vor.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2017 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 Erörterung des Haushaltssicherungskonzeptes 2014 Vorlage: 1.201/XVI/0583/2014

Herr Foest bat um entsprechende Wortmeldungen.

Herr Sattler teilte mit, auch wenn das Haushaltssicherungskonzept nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde, seien wieder Maßnahmen aufgenommen worden, deren Aufnahme bereits im letzten Jahr oder davor politisch kritisiert worden seien.

Bei der Maßnahme Nr. 1 seien nicht nur Stadt und Landkreis betroffen, sondern alle Kommunen im Landkreis Leer.

Zu den Maßnahmen Nr. 4 und 24 werde auf die vorhergehenden Ausschussprotokolle verwiesen.

Die Entwicklung des Haushaltssicherungskonzeptes sei insgesamt durchaus positiv zu sehen.

Herr Runden teilte zu Maßnahme Nr. 19 mit, dass es durchaus sinnvoll sei kreisangehörige Gemeinden an den Kosten der Kindertagesstätten zu beteiligen.

Weiterhin frage er sich, ob nicht die Möglichkeit bestehe, mit dem Finanzamt wegen Niederschlagungen bei der Gewerbesteuer und über eventuelle Betriebsprüfungen zu sprechen.

Herr Rössmann empfand einen kürzeren Prüfungsrhythmus als schöne Anregung. Schließlich stehe diese im Landeswahlprogramm der Grünen. Dies habe allerdings keine Auswirkung auf Niederschlagungen. Dies müsse anderweitig geregelt werden.

Herr Sattler stimmte Herrn Runden zu, dass kreisangehörige Gemeinden an den Kosten für die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten durch gemeindefremde Kinder zu beteiligen seien. Die Kindergärten sollen aber nicht an den Landkreis Leer abgegeben werden. Des Weiteren solle die Maßnahme „Überprüfung des Reinigungspersonals“ gestrichen werden, da andere Kommunen inzwischen wieder dazu übergegangen seien, Reinigungsdienste zu rekommunalisieren.

Herr Beening bat aufgrund der Personalsituation darum, die Wiederbesetzungssperre in Bezug auf technische Berufe herauszunehmen. Schlüsselpositionen sollten frühzeitig wieder besetzt werden.

Herr Düngemann vertrat die Auffassung, dass bei Abgabe der Kindergärten an den Landkreis der Standortvorteil leiden werde. Weiterhin dürfe dies nicht zu Lasten des Kinderschutzbundes führen, da ein Einnahmeverlust deren Existenz gefährde.

Herr Foest führte aus, dass eine Abgabe der Kindergärten nicht mit dem Ziel von Einsparungen gefordert werden dürfe. Es müsse möglich sein, zu handeln und Ergebnisse zu erzielen. Eine Änderung der Wiederbesetzungssperre befürworte er. Weiterhin solle man die Anordnung der Haushaltswirtschaftlichen Sperre noch stärker nutzen.

Herr Kellner teilte mit, dass es bei den Kindergärten nicht um eine Abgabe an den Landkreis, sondern nur um die Entlastung bei den Finanzen gehe. Man wolle mit dem Landkreis Leer weiter im Gespräch bleiben.

Beschluss:

Das Haushaltssicherungskonzept wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen

Informationen lagen keine vor.

TOP 7 Anfragen

Es wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 8 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Da keine Anfragen gestellt wurden, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:42 Uhr und eröffnete daran den nicht öffentlichen Teil.

gez. Paul Foest

Vorsitzender

gez. Wolfgang Kellner

Bürgermeister

gez. Manuela Mülder

Protokollführerin

F.d.R.:

Protokollführerin